

denen ein Ueberangebot von Arbeitskräften besteht, also z. B. die Landwirtschaft ganz frei lassen. In anderen Berufen, in denen starke Arbeitslosigkeit herrscht, dürften nur die Frauen beschäftigt werden, die eine Ausweisarte haben. Die Ausweisarten würden von den Arbeitsämtern nach gewissen Richtlinien auszustellen sein, denn sicher ist auch ein großer Teil verheirateter Frauen auf Arbeit, gleichviel ob außerhäuslicher oder Heimarbeit, angewiesen.

Dass unser Vorschlag Mängel hat, wissen wir. Wir wissen, daß die Arbeitgeber ihre Arbeitskräfte nicht vom Arbeitsamt beziehen müssen und das Gesetz daher leicht umgehen könnten. Wir hoffen, daß es nicht viele tun würden, weil ja schließlich alle wissen, wie schwer die Arbeitslosigkeit auf dem ganzen deutschen Volke, nicht zuletzt auf der deutschen Wirtschaft lastet. Das Gesetz könnte und würde vielleicht hier und da zu Ungerechtigkeiten, zu Härten führen, nicht zu größeren als der jetzige Zustand. Wie oft muß die alleinstehende Witwe bei Arbeitslosenunterstützung hungern oder Schulden machen, während die Frau des verdienenden Mannes, oft die kinderlose, in Arbeit steht. Auch in den Reihen unserer Mitglieder sind solche Frauen, und wir sind stolz gewesen auf den deutschen Fleiß, die deutsche Tüchtigkeit, die ihnen die Arbeit in ihrem eigenen Haushalt nicht ausreichend erschiene ließ. Wir sind noch stolzer auf sie, wenn sie erklären, wie es eine in der Märzversammlung einer Berliner Gruppe tat: „Wenn dieser Vorschlag Gesetz wird, bekomme ich auch keine Arbeit mehr, ich schneide mir ins eigene Fleisch, aber ich stimme ihm doch zu, denn er ist recht.“ Geist von Margarete Behms Geist hören wir, und wir sind dankbar, daß es in Deutschland noch eine Stelle gibt, wo nicht nur überlegt wird, was wollen wir haben und was sollen andere geben, sondern wo aus der ärmsten, gebrüchlichsten Schicht das stolze Herrenwort klingt: Wir fragen nicht, was darnach kommt, sondern was recht ist.

Wie die Regierung zu unserem Vorschlag steht, wissen wir nicht, ob, selbst wenn sie ihn billigt, der Reichstag für ein solches Gesetz zu haben sein wird, ist zweifelhaft. Wir können den Samen nur austreuen, daß er aufgeht, steht nicht bei uns. Aber wir wollen nicht mit Schuld sein, daß in der Notzeit, die nach unserer Meinung außerordentliche Mittel fordert, nichts geschieht aus Sorge, Mitglieder zu verlieren, irgendwo anzustoßen, es irgend jemand nicht recht zu machen. Wir sehen um uns die Lebensgefahr der Passivität und wollen aus „dem Ja leben.“

Christliche Arbeiterbewegung und Bausparkassen.

Am 21. Februar wurde nach längeren Verhandlungen zwischen der Bausparkasse „Gemeinschaft der Freunde“ Wüstenrot-Ludwigsburg (kurz G. d. F. genannt) und einer Reihe christlicher Organisationen ein Abkommen getroffen, nach dem die Vertragsschließenden auf die Dauer des Abkommens (zehn Jahre) auf die Gründung eigener Bausparkassen verzichten und ausschließlich die Bausparkasse der G. d. F. empfehlen.

Das Abkommen ist unterzeichnet von: Bernhard Otte (Berlin), Vorsitzender des Gesamtverbandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands; Clemens Schlicher (Berlin), Geschäftsführer der Gemeinnützigen A. G. „Deutscher Heimbau“, Berlin-Nichtenberg und Vorsitzender des Reichsverbandes Deutscher Bauproduktionsgenossenschaften E. V.; Hermann Josef Schmitt (Berlin), Generalsekretär des Reichsverbandes der kath. Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine Deutschlands; Präsident A. H. Verband „Wohnungs- und Siedlung“ G. m. b. H., Köln; Josef Becker (Berlin), Direktor der Deutschen Lebensversicherung G. A. G.; Dr. Heinrich Hirtlefer, Preussischer Staatsminister und Minister für Volkswohlfahrt, Berlin; Hermann Peters, Ministerialdirigent im Preussischen Wohlfahrtsministerium, Berlin.

Die Vertragsschließenden erstreben nach dem Vertrag die Sammlung aller aufbauenden Kräfte in einer auf gemeinnütziger Grundlage beruhenden Bausparkasse im Rahmen der G. d. F. Die bereits bestehende Geschäftsstelle in Berlin wird erweitert zur Landesgeschäftsstelle für Preußen. Sie wird mit zwei Geschäftsführern besetzt. Der eine wird von der G. d. F., der andere von den erwähnten Vertragsschließenden bestellt. Die genannten

Organisationen haben als Geschäftsführer den Kollegen Josef Treffert vorgeschlagen, der bisher beim Deutschen Gewerkschaftsbund das Dezernat für das Wohnungs- und Siedlungswesen innehatte. Ferner wird in Berlin ein Beirat gebildet. Die genannten Organisationen erhalten mehrere Stimmen im Aufsichtsrat wie auch in der Gesellschafterversammlung. Es werden ihnen so viele Geschäftsanteile überlassen, daß ohne ihre Zustimmung eine Aenderung des Gesellschaftervertrages nicht mehr beschlossen werden kann. In den Aufsichtsrat sind bereits die Kollegen Becker, Schlicher und Generalsekretär Schmitt gewählt. Die Vertragsschließenden sind sich darüber einig, daß die Angliederung weiterer Organisationen angestrebt werden soll. Man denkt vor allem an den Caritasverband, die Junere Mission, die evangelischen Arbeitervereine, Gesellenvereine und. Damit soll eine weitere Zersplitterung auf dem Gebiete des Bausparkassenwesens vermieden und die Kräfte konzentrisch zusammengefaßt werden.

In Deutschland gibt es bereits etwa 170 private Bausparkassen, die sich gegenseitig Konkurrenz machen. Ein großer Teil davon ist ungefund. Aus den Kreisen der christlichen Gewerkschaften kommen vielfach Anfragen, welche Bausparkassen zu empfehlen sind. Auch wurde schon häufig angeregt, eine eigene Bausparkasse vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften ins Leben zu rufen. Von evangelischer Seite wurde bereits eine Bausparkasse gegründet. Die katholischen Arbeitervereine haben im Verband Wohnungsbau Bauspargruppen eingeführt. Der Caritasverband beschäftigte sich auch mit dem Gedanken, eine katholische Bausparkasse zu errichten. Auch sozialistische Kreise trugen sich mit dem Gedanken, eine Bausparkasse zu gründen. Es hätte das weitere Zersplitterung bedeutet. Deshalb strebten die christlichen Gewerkschaften dahin, eine weitere Zersplitterung zu vermeiden und die Kräfte im christlichen Lager einheitlich zusammenzufassen. Man sah jedoch von der Gründung einer eigenen Bausparkasse ab und suchte Anlehnung an eine bereits bestehende, vertrauenswürdige Bausparkasse. Nach längeren Verhandlungen kam dann mit der größten, bedeutendsten und ältesten Bausparkasse „Gemeinschaft der Freunde“ in Wüstenrot-Ludwigsburg das erwähnte Abkommen zustande.

Es bestanden zunächst Bedenken, mit der „G. d. F.“ ein Abkommen zu treffen. Bekanntlich haben die christlichen Gewerkschaften früher dieser Bausparkasse sehr kritisch gegenübergestanden. Das geschah jedoch nicht, weil etwa das Bauwesen grundsätzlich abgelehnt wurde, sondern, weil uns das System der „Gemeinschaft der Freunde“ nicht zusagte. Nicht zuletzt durch unsere Kritik ist im Laufe der Jahre jedoch die G. d. F. umgestellt worden: Sie hat ihr Ruteilungssystem geändert. Durch Erlaß des Württembergischen Ministeriums des Innern vom 28. März 1927, im Verein mit der Reichsbank und dem Reichswirtschaftsministerium, ist der G. d. F. das Depot- und Depositenrecht verliehen worden. Durch gemeinsamen Erlaß des Württembergischen Innenministeriums und des Finanzministeriums vom 1. November 1928 ist die G. d. F. als Vertretungsstelle im Sinne des Beamten-Heimstättengesetzes zugelassen worden. Die G. d. F. untersteht der ständigen Revision durch die Süddeutsche Treuhand-Aktiengesellschaft in München. Die Debitoren der G. d. F. (insbesondere Geldanlagen) werden durch den Direktor der Württembergischen Notenbank, der im Aufsichtsrat der G. d. F. ist, laufend überwacht. Der Aufsichtsrat ist ganz anders zusammengesetzt als das früher der Fall war. Nachdem diese Aenderungen vorgenommen worden sind, bestanden für die christlichen Gewerkschaften keine Bedenken mehr, mit der „Gemeinschaft der Freunde“ ein Abkommen zu treffen.

Die G. d. F. hat ihre Tätigkeit bisher hauptsächlich auf Württemberg und Oesterreich erstreckt. Nun wird sie ihre Tätigkeit auf das ganze Deutsche Reich intensiver ausdehnen. Bisher wurden von der G. d. F. rund 58 000 Bausparverträge abgeschlossen mit einer Sparsumme von rund 850 000 000 RM. In den fünf Jahren ihres Bestehens wurden von der G. d. F. an über 8000 Bausparer rund 120 Millionen RM. Bausgeld zugewirkt. Das Geld der Bausparer ist insofern sichergestellt, als die G. d. F. nur Geld auf 1. Hypotheken gibt. Früher hat die G. d. F. ohne Hauszinssteuer gebaut. Die Hauszinssteuer sollen aber künftig, wenn möglich, von den Bausparern in Anspruch genommen werden.

Mit den Wohnungsfürsorgegesellschaften und der Preussischen Landespfandbriefankalt soll ebenfalls Fühlung genom-

schaft werden diese Frauen wohl nicht sein. Unorganisierte Heimarbeiterrinnen können schwer beim Arbeitsgericht klagen, denn nur organisierten Arbeiterinnen wird durch ihre gewerkschaftliche Vertretung volles Recht. In einem Fall ist es vorgekommen, daß die Heimarbeiterin, welche eingeschächert war, sich mit ihrem Arbeitgeber in der Art geeinigt hatte, daß sie 20 RM. mehr Kosten bezahlen mußte, als der eingeklagte Lohn betrug. Am Schluß ihrer so interessierenden Ausführungen sprach auch Fräulein Frenzel noch einmal aus, wie wichtig der Anschluß jeder Heimarbeiterin an eine Organisation ist.

Nun setzte eine äußerst lehrreiche Diskussion ein. Was bekam man da alles zu hören? Wie herzlich haben alle gelacht, als das Schreiben eines Heimarbeiters an seine Firma verlesen wurde. Der Name dieser Firma wurde auch bekanntgegeben. Ungefähr lautete es so: „Ich beständige hiermit, daß ich keinen Raum zur Arbeit habe, deshalb im Betrieb arbeiten möchte. Ich verspreche, daß ich keinen Anspruch auf Ferien stellen werde. Zu Lohnnachforderungen gebe ich den Gewerkschaften kein Recht, auch nicht das Recht, Forderungen von mir einzuklagen.“ Man sieht, der Mann war sehr einig mit seinem Arbeitgeber!

Es wurde noch viel über die Frage diskutiert: Welcher Unterschied ist zwischen der Werkstatt- und der Hausarbeiterin? Sehr spaßhaft mutete die Mittelstellung eines Teilnehmers an, welcher genau beweisen wollte, daß es zuerst hieß Werkstattarbeiterin, dann Zwischenmeisterin, dann Heimarbeiterin und jetzt Werkstattheimarbeiterin. Der Vorsitzende der Tagung beantwortete die Frage dahin, daß Werkstattarbeiterin und Hausarbeiterin vor dem Gesetz gleich sind und zwar beide Lohnarbeiter; nur weil der Arbeitgeber den Raum zur Arbeit nicht zur Verfügung hat, gibt er der Hausarbeiterin die Arbeit in ihr Heim. Auch der Unterschied zwischen Hausgewerbetreibenden und Hausarbeitern wurde eingehend besprochen. Diese Unterscheidung sei auch bei Klagenfällen äußerst schwierig. Am Schluß dieser hochinteressanten Tagung sprach der Vorsitzende den wärmsten Dank an alle Teilnehmer des Kurses und die Hoffnung aus, daß alle Beteiligten von nun an mitarbeiten werden zur Besserung der Lage in der Hausarbeit.

Nach gemeinsam eingenommenem Mittagssmahl gingen die Teilnehmer auseinander. Einige machten Spaziergänge, andere blieben noch eine Zeit in ihren Zimmern, um sich auszuruhen. Alle, die nach Breslau fahren wollten, einigten sich, um 5 Uhr in Ober-Schreibebau zusammenzutreffen, um einen günstigen Zug benutzen zu können. Auch meine Kollegin und ich rüsteten zum Aufbruch. Noch lange werde ich mit hoher Freude an diese Tagung denken, wo inmitten der schönen schlesischen Berge so viele Beteiligte das Interesse für die Hausarbeit geeinigt hat.

Martha Winschiers (Breslau).

Aus unserer Bewegung

Sau Frankfurt a. M. Das Jahr 1929 war das Jubiläumsjahr unseres Frankfurter Saues. Im April feierten wir unter starker Beteiligung von Mitgliedern und Gästen unser 25jähriges Bestehen. Wir blühten voll Dank zurück auf alles, was durch die Arbeit unseres Verbandes für die Frankfurter Heimarbeiterrinnen geschehen ist. Fünf Gründerinnen konnten wir ehren und ihnen danken für ihre Treue.

Dem frohen Fest folgte nach wenigen Monaten tiefe Trauer um unsere geliebte Hauptvorsitzende und Führerin, Margarete Behm, die am 28. Juli heimging. Die Heimarbeiterrinnen haben ihre Mutter verloren, diese Klage ging durch unser ganzes deutsches Vaterland. Im August versammelten sich die trauernden Mitglieder unseres Saues zu einer stillen Gedächtnisfeier, die im hohen Lied der Liebe die Dahingegangene ehrte. Einen Monat später hatten wir Fräulein Margarete Wolff, die Freundin und Mitarbeiterin von Fräulein Behm, unsere jetzige Hauptvorsitzende, in unserer Mitte. Sie entwarf uns noch einmal ein leuchtendes Bild unserer Führerin. Es war ein Abend, der sicherlich allen Teilnehmerinnen unvergeßlich bleiben wird.

Ein weiterer schwerer Schlag traf unsere Arbeit in Frankfurt in dem Heimgang der Gründerin und Vetterin unserer Betriebswerkstätte, Frau Minni Köhler. Mit kluger Zeitkraft hatte sie fast zwei Jahrzehnte den Betrieb geleitet. Viele Hunderte von Frankfurter Frauen mit ihren Familien fanden im Laufe der Jahre durch ihre Fürsorge Arbeit und Brot. Auch 1929 fanden 25 Mitglieder wieder

dort Beschäftigung, meist Witwen, Frauen von dauerarbeitslosen Männern und einige schwer vermittelbare invalide Arbeiterinnen. Diese Einrichtung ist bei der jetzt so schweren Wirtschaftslage diejenige, die die durchgreifendste Hilfe bietet für viele unserer Mitglieder.

Das Berichtsjahr war auch für den hiesigen Sau wirtschaftlich schwerer als die vorangegangenen. Die Arbeit in den meisten Branchen stockte am Anfang und gegen Ende des Jahres selbst in Betrieben, die in den letzten Jahren ihre Heimarbeiterrinnen durchhalten konnten, so in verschiedenen Schuhfabriken und der Strumpfhalterfabrik Weinger & Feibel. In der Wäschewaschbranche war sehr wenig zu tun, für die Stapelwäscherinnen entstanden auch mehr Pausen als in früheren Jahren. In der Berufskleiderbranche und der Damenhütelei gab es nur ganz wenig Heimarbeit.

Die Löhne blieben im ganzen unverändert. In den Schuhfabriken hatten wir fünf Lohnverhandlungen und konnten dabei mit Hilfe der Betriebsratsmitglieder, die unserem Gewerbeverein angehören, manche Lohnerfolge bei der Regelung der Affordlöhne erzielen.

Ueber die Stapelwäsche verhandelten wir einmal im Frühjahr, ohne wirklichen Erfolg. Bei den Arbeitgebern war die Absicht unverkennbar, die Sache zu verschleppen. Wir riefen darum den Sachausschuß für die Wäschekonfektion an und baten um Festsetzung von Mindestentgelten. Im Dezember fand eine Sachausschussitzung statt, in der der Arbeitgeberverband von dem Vorsitzenden des Sachausschusses ernstlich ermahnt wurde, mit uns über einen neuen Affordtarif einig zu werden. So wird es wohl in absehbarer Zeit zu einem neuen Wäschetarif kommen. Sonst will der Sachausschuß Mindestentgelte festsetzen.

Viel treue Kleinarbeit wurde von den Vertrauensfrauen und Vorständen geleistet. 35 Versammlungen, teils in den Einzelgruppen, teils gemeinsam, teils in den verschiedenen Branchen fanden statt. Es wurden neben der Erörterung der laufenden Gewerkschaftsfragen eine Reihe von bildenden Vorträgen gehalten. Am Verbandstag in Berlin im April nahmen drei Delegierte aus unserem Sau teil und berichteten darüber in den Gruppen. Am Reichsjugendtag in Köln beteiligten sich drei unserer Mitglieder. Einmal fand eine Beschäftigung des Frankfurter Senders für unsere Mitglieder statt.

In vielen Rechtsfragen fanden die Mitglieder Auskunft und Hilfe. Mehrmals vertrat wir eine Klagesache am Arbeitsgericht, doch die meisten Streitigkeiten wurden auf gütlichem Wege erledigt. In Vorerfolgen aus diesem Rechtschuß sind zu verzeichnen je 68 RM., 50 RM., 40 RM. und 9,80 RM. Die meisten Auskünfte an die Mitglieder betrafen Versicherungs- und Steuerfragen und Fragen aus dem Arbeitsvertrag. In zwei Betrieben wurden die Betriebsräte für Heimarbeiterrinnen neu gewählt und ausschließlich von unseren Mitgliedern besetzt. Die Sprechstunden im Büro wurden von rund 500 Menschen besucht, rund 300 Hausbesuche wurden von der Geschäftsstelle aus gemacht. Es gingen 2003 Postfächer hinaus. Unsere Gausterbefasse zahlte in einem Todesfall 33 RM. aus. Im schönen, jetzt erweiterten Erholungsheim im Taunus fanden zwölf Mitglieder neue Kraft und Gesundheit.

Ein schöner Ausflug führte uns in den Taunus ins Dorsbacher Tal. Beim Sommerfest der christlichen Gewerkschaften beteiligten sich viele unserer Mitglieder, und unser Verband versorgte die Tombola.

Viele billige Theater- und Konzertkarten konnten wir unseren Mitgliedern vermitteln. Die Singgruppe vereinigte sich regelmäßig zur Pflege des deutschen Volksliedes, um auch unsere Feste durch Gesang zu verschönen. Sie erfüllt aber auch gewerkschaftliche Aufgaben auf dem Gebiete der Agitation. Das Fest der blauen Schleife ließen wir wegen des Todes unseres Fräulein Behm ausfallen. Weihnachten feierten wir ein sehr harmonisches Fest mit schönen Darbietungen im großen Saale in der Bleichstraße.

Trotz aller Not der Zeit können wir uns sagen, daß die Arbeit unseres Verbandes auch in diesem Jahre vielen Mitgliedern geholfen hat. Der Stamm unserer Mitglieder ist wie eine große Familie, die es sich zur Aufgabe gesetzt hat, mehr soziale Gerechtigkeit für die Heimarbeiterrinnen herbeizuführen.

Halle a. d. S. „Das neunte Schuljahr“ hieß der Vortrag, den die städtische Lehrerin, Frau Dr. Wolff, unserer Mitgliederversammlung im Februar hielt. Unser schöner, großer Versammlungsraum war gut gefüllt, und die Vortragende

verstand es, regtest Interesse unter ihren Zuhörern zu erwecken, das bewies die lebhafteste Aussprache am Schluß. Frau Dr. Wolff führte etwa folgendes aus: Die vom Lehrberuf stellen die Forderung nicht nur des neunten Schuljahres, nein, sie wünschen sogar das zehnte. Gewerkschaften, Frauenvereine, auch politische Parteien nehmen zu dieser Frage Stellung. Entgegen steht, daß die allgemeine Not die Kinder vieler Familien zu möglichst baldigem Geldverdienen zwingt; dafür spricht aber die Schwierigkeit, Kinder mit 14 Jahren im Beruf unterzubringen, und daß die dadurch unausgefüllt bleibende Zeit Gelegenheit zum Herumlungern und Verbummeln gibt. Man könnte meinen, daß Berufsschulen dem Lernbedürfnis genügen, und daß Haushaltungsschulen geeignet seien, die Zeit zwischen Schulentlassung und Berufsantritt zweckmäßig auszufüllen, und daß zuletzt noch die Volkshochschule den Begabten die Möglichkeit längeren Schulbesuchs gäbe. Bei aller Anerkennung des Segens der Berufsschulen mit ihren wöchentlich acht Stunden darf nicht die Schwierigkeit verkannt werden, Kinder zu unterrichten, die, weil sie im Beruf unter Zurückhaltung alles Zügelübermuts nach dem Willen des Lehrherrn oder des Vorarbeiters arbeiten müssen, ihm im Zusammenkommen mit Gleichaltrigen die Hilge schenken lassen. Zudem sind Berufsschulen nützlich-fortschreitend, daß sie kein Zwang sei und verlassen werde, sobald sich die Aussicht auf Verdienstmöglichkeit bietet. Das Schuljahr schließt oft nur mit der Hälfte der Schülern ab, mit der es begonnen habe.

In den ersten Lebensjahren bis zum siebenten lernt das Kind durch Nachahmen. Das sei von Eltern stets bedacht, denn sie tragen die Verantwortung für die geistige Luft, in der das Kind aufwächst. Auch die Schule knüpft im ersten Schuljahr an den Nachahmungstrieb an. Nach dem siebenten Lebensjahr kommt das eigene Erleben. Wenn das Kind ins dreizehnte und vierzehnte Jahr kommt, wird es sich seines eigenen Ichs bewußt, es fühlt, ich bin jemand. Damit kommt von selbst der Gegensatz zur Umwelt, daraus folgt das Nichtverstandenwerden und das Nichtverstehen. In derselben Zeit beginnt das selbständige Denken. — Da schließt die Schule ab. — Unfassbar viel wird unterdrückt. Im letzten Schuljahr merkt der Lehrer von Monat zu Monat das Fortschreiten der geistigen Kräfte. Wichtiger Lehrstoff muß zusammengedrängt werden, vieles was Schülern höherer Schulen erst im 16. und 17. Jahre geboten wird, z. B. die Reichsverfassung, gehört zur abgeschlossenen Volksschulbildung, ohne daß die Zeit abgewartet werden kann, in der die Auffassungsfähigkeit dafür vorhanden ist. Ein oder zwei Schuljahre mehr würden unsere Kinder nützlich gefestigter und für die Berufsausbildung reifer ins Leben hinaustreten lassen.

Der Widerstand gegen die Einführung würde sich wohl ebenso überwinden lassen, wie bei der Einführung des siebenten und achten Schuljahres, die von der Landbevölkerung stark bekämpft wurde.

Die Wärme und die tiefe Durchdrungenheit, mit der Frau Dr. Wolff uns mit der Frage der verlängerten Schulpflicht vertraut machte, verriet ihre heiße Liebe zur Jugend, deren Förderung zum Segen des Vaterlandes uns allen am Herzen liegt. Unsere Ortsgruppe ist Frau Dr. Wolff sehr dankbar, daß sie uns diese Stunde schenkte.

Kassel. Am 13. Februar feierte unsere Ortsgruppe ihr 25jähriges Stiftungsfest. In den festlich geschmückten Räumen des Marienheims hatte sich eine zahlreiche Gesellschaft versammelt die meisten unserer früheren außerordentlichen Vorstandsmitglieder waren unserer Einladung gefolgt und saßen zusammen mit den Vertretern verschiedener Behörden, den Abgesandten uns nahestehender Vereine und Freunden des Gewerbevereins an der Ehrenstafel. An den Vorbeerbäumen vor der Bühne prangten in weißen Blüten die Zahlen 25 und 35, denn zugleich mit dem Jubiläum des Gewerbevereins feierte der Frauenarbeitsverein sein 35jähriges Bestehen. Ein feierliches Eingangslied, von den Sängertinnen unserer Gruppe unter Leitung unserer gesangsführenden Kassenführerin vorgetragen, eröffnete die Feier. Dann hielt die Vorsitzende, die die Gruppe mit begründet und in all den Jahren geleitet hat, eine Ansprache, in der sie die Gründung und die Entwicklung der beiden Jubiläumsvereine schilderte. Ein früheres Vorstandsmitglied, das den Verein mit gegründet und sehr viel für seine Entwicklung getan hat, ließ Erinnerungen aus jenen Tagen aufleben, eine ganze Anzahl Glückwünsche für die Jubiläumsgruppen von Seiten verschiedener Gäste folgte. Dann ließen unsere Mitglieder in einer von der Vorsitzenden

verfaßten Aufführung Altes und Neues aus der Geschichte der beiden Vereine in einer Reihe von Szenen vor der Versammlung vorüberziehen, wobei die silbernen Kostüme der alten Zeit die größte Heiterkeit erregten. Feierlich wurden darauf unseren vier 25jährigen Mitgliedern, Frau Hildebrand, Frau Karmer, Frau Kunze und Frau Wienand, schöne Korbsessel überreicht, für die ihre Vereinschwesterinnen bequeme Kissen gestiftet hatten. Damit auch der Vorstand nicht leer ausginge am heutigen Abend, brachte ihm die Enkelin einer unserer Jubilarinnen mit einem Gedicht eine kleine Standarte dar, die auf blauer Seide den in Gold gestickten Namenszug des Gewerbevereins trägt und von nun an unseren Tisch schmücken soll. Zwei zehnjährige Jubilarinnen wurden durch Ueberreichung der Brosche geehrt. Erst zu später Stunde war das reichhaltige Programm, das noch eine Anzahl musikalischer Darbietungen brachte, erledigt, und mit einem gemeinsam gesungenen Lied fand die schöne Feier ihren Abschluß.

Stettin. Das Jahr begann für unsere Gruppe mit dem Stiftungsfest am 20. Januar. Am 18. und 20. Januar fanden langwierige und schwierige Verhandlungen, den gekündigten Wäschetarif betreffend, statt. Es gelang endlich, eine kleine Erhöhung des bisherigen Stundenlohns, und zwar von 33 und 38 Pf. auf 36 und 41 Pf., zu erlangen. Die Vorstandswahl im Februar ergab die Wiederwahl des alten Vorstandes bis auf Frau Heber als Kartelldelegierte. Frau Find trat an ihre Stelle. Im März fanden Verhandlungen der Gewerbevereine mit uns, sowie den Vertretern der freien und H.-D.-Gewerkschaften statt in betreff eines Kurses für männliche und weibliche Hausarbeiter, mit dem Ergebnis, daß zunächst einmal die Männer den Kursus bescheiden sollten, da man es den Frauen nicht zumuten könne, unter so primitiven Verhältnissen, wie sie in Stargard beständen, zu nächtigen. Am 17. und 18. August hat dann der Kursus für Frauen in Ziegenort stattgefunden, bei dem zehn unserer Mitglieder zugegen waren. Drei interessante Vorträge machten die Tagung außerordentlich ergiebig, freie Verpflegung und Dampferfahrt wurden dankbar genossen. Leider kürzte ein sonst sehr erwünschter Gewitterregen die Beschäftigung des schönen Ortes und seiner Umgebung ab.

Am 4., 5. und 6. April fand in Berlin unser Verbandstag statt, der letzte, den Frä. Behm leiten sollte. Von unserer Gruppe nahm die Vorsitzende daran teil. Unser Antrag auf andere Staffeln der Auszahlungen bei Streiks und Ausforderungen mußte leider aus finanziellen Rücksichten abgelehnt werden, weil er die Hauptkasse zu sehr belastet hätte. Unser Sommerausflug am 24. Juni bereinigte darauf die Mitglieder wie gewöhnlich an gemächlicher Kaffeetafel in der Dieb'schen Mühle, wobei auch die Kinder mit Taubenabwerfen die Erwachsenen mit Lotterie zu ihrem Recht kamen.

Der Juli brachte dann, wie einen Blitz aus heiterem Himmel, die Nachricht von Frä. Behms Unfall, und am 1. August versammelten wir uns in Berlin an ihrem Sarge. Unsere unvergessliche Hauptvorsitzende ist nicht mehr, aber ihr Name wird unvergessen bleiben, solange es Heimarbeiterrinnen gibt. Mit volstem Vertrauen wurde darauf ihre langjährige treue Mitarbeiterin, Frä. Wolff, von allen Gruppen zu ihrer Nachfolgerin gewählt. Einen weiteren schweren Verlust erlitt unsere Gruppe durch den Tod unserer langjährigen treuen 1. Schriftführerin, Frä. Marquardt, die 23 Jahre lang in nie ermüdender Treue ihre ganzen Kräfte, so manchmal über ihre Kräfte hinaus, dem Verein gewidmet hat. Die Gruppe wird ihr und ihren muster-gültigen Protokollen stets ein dankbares Andenken bewahren. — An wirtschaftlichen Erleichterungen haben wir den billigen Kaffeeverkauf von 2,35 RM. von Schilling aus Bremen fortgesetzt; ebenso sind häufig Theaterbillets à 20 Pf. zur Verteilung gelangt.

Das Kartell der christlichen Gewerkschaften hat unter Herrn Wipf einen kräftigen Aufschwung erfahren. Die Tagungen des Gewerkschaftsbundes wurden von der Vorsitzenden besucht. — Durch die schweren wirtschaftlichen und politischen Erschütterungen des letzten Jahres ist unsere Gruppe verhältnismäßig ruhig hindurchgegangen, wir setzen auch ferner unsere Hoffnung auf Gott.

Papier im Haushalt.

Durch die Verwendung alten Papiers, sei es einfaches Zeitungspapier, Seidenpapier, Reißstoffreste oder anderes läßt sich beim Wirtschaften viel Arbeit, Zeit und Geld sparen. Erstmal sollte man's sich zur Regel machen, zum Blank-

